



Zeitbilder

bpb  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

---

# EUROPA

## FAKTEN UND ZUSAMMENHÄNGE

---

Eckart D. Stratenschulte



Zeitbilder



---

# EUROPA

## FAKTEN UND ZUSAMMENHÄNGE

---

Eckart D. Stratenschulte



---

**Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte** studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Soziologie. Seit 1993 ist er Leiter der Europäischen Akademie Berlin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Trägervereins „Europäische Akademie Berlin e.V.“. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin für Fragen der europäischen Integration. Regelmäßig publiziert er Artikel und Bücher zu europäischen und gesellschaftspolitischen Fragen.

---

## Impressum

Bonn 2014  
© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Bestellungen: [www.bpb.de/shop](http://www.bpb.de/shop) > Zeitbilder  
Bestellnummer: 3972  
ISBN 978-3-8389-7113-1  
Erste Auflage 2014  
Redaktionsschluss: April 2014

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Projektleitung: Hildegard Bremer, bpb  
Redaktion/Lektorat: Barbara Lauer, Bonn;  
Benjamin Weiß, bpb; Verena Waeger, Köln  
Bildredaktion: Hildegard Bremer, bpb

Grafische Konzeption und Umsetzung:  
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, [www.leitwerk.com](http://www.leitwerk.com)  
Illustrationen: Katharina Plass (Leitwerk)  
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

---

→ Titelbild: Treppenhaus im Europäischen Parlament in Brüssel.



# Inhalt

## 01 Europa – was hat das mit mir zu tun? / 10

### 02 Die Europäische Union – wie kam es dazu? / 16

Deutschland und Frankreich – Kriegsgegner mit gemeinsamer Zukunft / 17

Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft: Der Europarat / 18

Die erste Europäische Gemeinschaft: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) / 23

Der zweite Schritt zur europäischen Integration / 25

Erfolge und Rückschläge: Zollunion und „Politik des leeren Stuhls“ / 27

Der deutsch-französische Motor / 30

### 03 Europa wächst zusammen:

#### Die Erweiterungen der Europäischen Union / 32

Die Europäische Gemeinschaft wird größer: West- und Süderweiterung / 33

Der Europäische Binnenmarkt / 33

Die Einführung des Euro / 35

Europa wächst zusammen: Die Osterweiterung / 36

Austritt möglich? / 40

Das Ringen um eine neue institutionelle Struktur / 41

Die Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise / 42

### 04 Wie funktioniert die Europäische Union? / 48

Grundidee der EU: Supranationalität / 49

Das institutionelle Geflecht der EU nach dem Lissabonner Vertrag / 51

→ Die Vertretung der Staaten: Der Rat

→ Die „Chefs“: Der Europäische Rat

→ Die Vertretung der Bürger: Das Europäische Parlament

→ Die Hüterin der Verträge: Die Europäische Kommission

→ Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU

→ Europas Stimme nach außen: Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD)

→ Alles, was Recht ist: Der Europäische Gerichtshof (EuGH)

→ Wenn's ums Geld geht: Die Europäische Zentralbank

Wer hat die Macht in Europa? / 64

→ Subsidiarität

→ Druck von unten: Die Europäische Bürgerinitiative

Euros für Europa: Der Haushalt der Europäischen Union / 68

→ Ein Dauerbrenner: Die Nettozahlerdebatte

## 05 **Marktplatz Europa** / 76

Binnenmarkt – was ist das eigentlich? / 77

Warenverkehrsfreiheit gegen faule Tricks der Marktabschottung / 78

Arbeitsmarkt Europa: Die Freizügigkeit / 79

Europäische Sozialpolitik / 80

Die Gleichheit der Geschlechter / 82

Verbraucherschutz auf europäischer Ebene / 83

Neuer Schwung für den Binnenmarkt / 83

Europa 2020 / 86

## 06 **Euroland in Europa** / 90

Der Euro – gemeinsame Währung im Interessenstreit / 91

1. Diskussionspunkt: Kam der Euro zu früh oder gerade rechtzeitig? / 91

→ *Katalysator Deutsche Einheit*

→ *1999: Jetzt geht's los*

2. Diskussionspunkt: Währungsunion und „optimaler Währungsraum“ / 95

3. Diskussionspunkt: Viele Eurostaaten verstoßen gegen die Regeln / 99

→ *Die Europäische Zentralbank (EZB)*

4. Diskussionspunkt: Nimmt der Euro den Staaten die Flexibilität? / 101

5. Diskussionspunkt: Haftung für die anderen / 104

→ *Der Euro-Rettungsschirm*

6. Diskussionspunkt: Mehr Europa oder zu viel Europa? / 110

→ *Der Euro-Plus-Pakt*

→ *Bankenunion*

## 07 **Freiheit, Sicherheit und Recht in Europa** / 116

Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts / 117

Raum des Rechts / 118

Raum der Freiheit – für Unionsbürger / 120

Raum der Freiheit – für Drittstaatsangehörige / 121

Raum der Sicherheit / 123

Das Stockholmer Programm / 125

## 08 **Klimazone Europa** / 126

Der Klimawandel / 127

Maßnahmen der EU / 127

Klimaschutz in Deutschland / 132

Streitpunkt Atomkraft / 135

Ziel erreicht? / 137

## 09 **Solidarität in Europa** / 138

Die europäische Landwirtschaftspolitik / 139

Neue Strukturen für Europa: Die Struktur- und Regionalpolitik / 144

Neue Strategien für das größere Europa / 146

## 10 **Gelobtes Land oder Festung Europa? Migration und Asyl** / 152

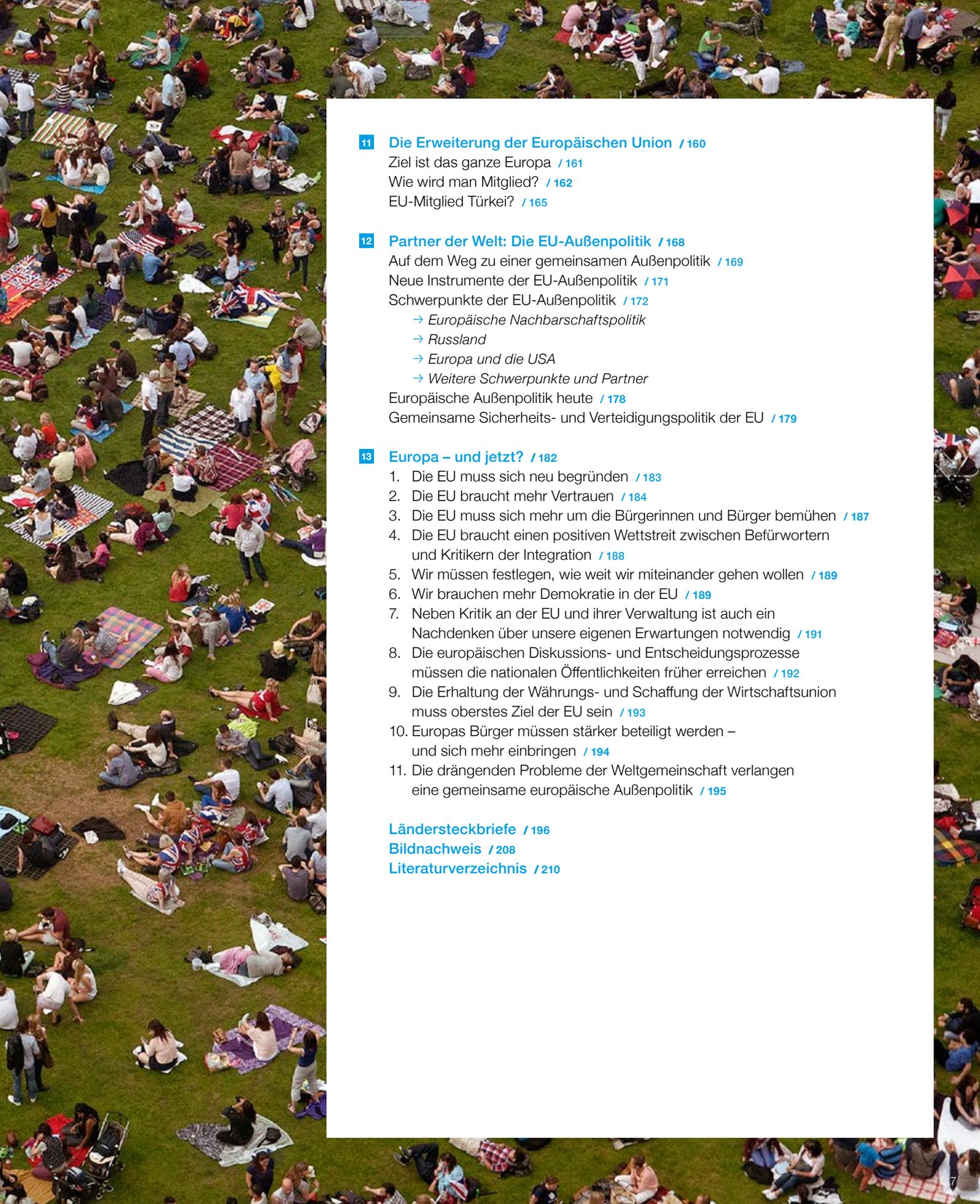
Alte neue Herausforderungen / 153

Gewünschte Einwanderung von Arbeitskräften / 153

Unerwünschte Migration: Flüchtlinge / 156

Asyl für politisch Verfolgte / 158





### 11 Die Erweiterung der Europäischen Union / 160

Ziel ist das ganze Europa / 161

Wie wird man Mitglied? / 162

EU-Mitglied Türkei? / 165

### 12 Partner der Welt: Die EU-Außenpolitik / 168

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik / 169

Neue Instrumente der EU-Außenpolitik / 171

Schwerpunkte der EU-Außenpolitik / 172

→ Europäische Nachbarschaftspolitik

→ Russland

→ Europa und die USA

→ Weitere Schwerpunkte und Partner

Europäische Außenpolitik heute / 178

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU / 179

### 13 Europa – und jetzt? / 182

1. Die EU muss sich neu begründen / 183

2. Die EU braucht mehr Vertrauen / 184

3. Die EU muss sich mehr um die Bürgerinnen und Bürger bemühen / 187

4. Die EU braucht einen positiven Wettstreit zwischen Befürwortern  
und Kritikern der Integration / 188

5. Wir müssen festlegen, wie weit wir miteinander gehen wollen / 189

6. Wir brauchen mehr Demokratie in der EU / 189

7. Neben Kritik an der EU und ihrer Verwaltung ist auch ein  
Nachdenken über unsere eigenen Erwartungen notwendig / 191

8. Die europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse  
müssen die nationalen Öffentlichkeiten früher erreichen / 192

9. Die Erhaltung der Währungs- und Schaffung der Wirtschaftsunion  
muss oberstes Ziel der EU sein / 193

10. Europas Bürger müssen stärker beteiligt werden –  
und sich mehr einbringen / 194

11. Die drängenden Probleme der Weltgemeinschaft verlangen  
eine gemeinsame europäische Außenpolitik / 195

Ländersteckbriefe / 196

Bildnachweis / 208

Literaturverzeichnis / 210



Vertreter der sechs Gründerstaaten unterzeichnen in Rom am 25. März 1957 die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).



# 01

## Europa – was hat das mit mir zu tun?



## Die Europäische Union greift vielfältig in unser Leben ein – und das ist Grund genug, sich mit ihr zu beschäftigen. Es gibt so viele Regelungen, die uns betreffen, sei es als Arbeitnehmer und Studierende, als Urlaubsreisende, als Konsumenten. Vieles davon erscheint uns selbstverständlich und manches übertrieben.

Verschiedene Aspekte werden in dem vorliegenden Buch in ihrem jeweiligen Zusammenhang thematisiert. Aber es bleibt natürlich eine Frage: Muss das sein? Muss wirklich die Europäische Union sich darum kümmern, wie laut es in unseren Städten sein darf und wie gut die Luft sein muss? Soll man tatsächlich auf europäischer Ebene Ziele für den Schutz des Klimas beschließen oder kann das nicht jedes einzelne Land unter Berücksichtigung seiner nationalen Gegebenheiten besser? Ist Europa der richtige Rahmen für eine gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik?

Kümmert sich die Europäische Union um zu vieles oder um zu wenig – oder um das Falsche? Hierauf gibt es keine „objektiven“ Antworten, denn vieles hängt auch von der eigenen politischen Grundüberzeugung ab. Gerade deshalb ist es ja wichtig, die Dinge zu diskutieren und darüber demokratisch zu streiten. Wesentlich ist dabei allerdings, die Zusammenhänge im Blick zu haben. Wenn wir einen Binnenmarkt wollen, was bedeutet, dass wir in die anderen EU-Länder unbeschränkt exportieren und von dort importieren können, benötigen wir auch gemeinsame Regeln und Standards. Europa, genauer gesagt die Europäische Union, kommt immer dann ins Spiel, wenn die nationalen Grenzen überschritten werden. Um bei dem kleinen Beispiel zu bleiben: Wenn es spezielle Vorschriften für Autos in Deutschland gibt, kann man hier nicht ohne Weiteres ein Kraftfahrzeug aus Frankreich oder Tschechien kaufen, denn das müsste dann die deutschen Normen erfüllen.

Dies wäre aber wohl nicht der Fall, denn Frankreich oder Tschechien hätten ihre eigenen Vorgaben. Deutsche Käufer müssten ihre Autos also gegebenenfalls nachrüsten lassen – und sie würden zusätzlich eine Prüfung und Bescheinigung benötigen, dass dies auch tatsächlich und vorschriftsmäßig der Fall wäre. Umgekehrt könnten deutsche Autoexporte im europäischen Ausland abgeblockt werden, weil sie belgische, dänische, polnische oder slowenische nationale Anforderungen nicht erfüllen. Eine gemeinsame europäische Regelung ist also sowohl im Sinne der Verbraucher, die eine größere Auswahl haben, als auch im Interesse der Kraftfahrzeugindustrie, die bessere Exportmöglichkeiten hat und ihre Autos nicht für jedes Land speziell ausrüsten muss.

Der europäische Binnenmarkt ermöglicht uns als Konsumenten eine große Auswahl zu einem guten Preis. Aber wir können oft nicht beurteilen, wie es um die Qualität eines Produkts bestellt ist. Wie ist das mit dem Haartrockner, den wir für wenig Geld kaufen? Unterscheidet er sich von teureren Modellen nur durch das Design oder besteht vielleicht die Gefahr, dass wir bei seiner Benutzung einen elektrischen Schlag bekommen? Die Gefahr könnten wir nur beurteilen, wenn wir das Gerät aufschrauben und etwas davon verstehen. Diese Arbeit nimmt uns die Europäische Union ab. Sie prüft die Geräte auf Sicherheit und vergibt ein Prüfzeichen („CE“), das uns wiederum Sicherheit gibt: Der billige Föhn mag hässlich sein, gefährlich ist er nicht. Natürlich könnten auch deutsche, slowakische, britische

A handwritten note in black ink on a white background. The text is written in a cursive, slightly slanted style. It reads: "Muss die Europäische Union sich darum kümmern, wie laut es in unseren Städten sein darf?". The text is enclosed in a simple hand-drawn rectangular border.



- 1/ Eine gemeinsame europäische Regelung von Standards verhindert, dass nicht für jedes Land zum Beispiel die Autos speziell nachgerüstet werden müssen.
- 2/ Wo Orange draufsteht, ist auch Orange drin – dank EU-weiter Regelungen.

oder portugiesische Behörden diese Kontrollen getrennt vornehmen. Für den europäischen Markt würde das aber bedeuten: Wir machen die gleiche Arbeit 28-mal, wodurch sich die Produkte verteuern würden.

Auch bei Lebensmitteln möchten wir Sicherheit. Wenn wir nur deutsche Produkte kaufen wollten, müssten wir auf vieles verzichten. Apfelsinen wachsen bei uns nur im Botanischen Garten. Viele

Produkte können in anderen Ländern wesentlich preiswerter hergestellt werden. Wer viel Sonne hat, muss seine Tomaten nicht aufwendig im Treibhaus heizen – und muss die Energiekosten nicht an die Verbraucher weitergeben. Der Handel bei gleichzeitigen hohen Standards ist aber nur möglich, wenn es gemeinsame Normen gibt. Wir können uns darauf verlassen: Wo „Saft“ draufsteht, ist auch Saft drin – und nicht eine mit Zucker und

Wasser gepanschte Flüssigkeit. Das geht aber nur, weil europaweit geregelt ist, welche Anforderungen gelten, wenn man ein Getränk mit dem Namen „Saft“ vertreiben will.

Die meisten Deutschen leben und arbeiten in Deutschland. Aber das ist keineswegs bei allen so. In den Grenzgebieten wohnen deutsche Staatsbürger oftmals im benachbarten Ausland, beispielsweise weil dort die Mieten oder die Grundstücks-

## Sind Sie ein „Europa-Typ“? Machen Sie den Test!

Beantworten Sie die Fragen und dann zählen Sie die Punkte aus.

1. Mir ist es wichtig, sauberes Wasser zu trinken, egal wo ich gerade bin.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

2. Wenn ich verreise, dann nur innerhalb Deutschlands. Das Ausland interessiert mich nicht.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

3. Freiheit ist für mich wichtig. Es gibt viele Dinge, die ich vielleicht zurzeit nicht tue, die ich aber tun können möchte, da ich in der Lage sein möchte, meinen Lebensstil beliebig zu verändern.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

4. Ich möchte keine genmanipulierten Lebensmittel essen, schon gar nicht, ohne es zu wissen. Daher möchte ich eindeutige Kennzeichnungen auf Lebensmitteln haben.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

5. Die Globalisierung soll uns nicht ausschließlich von dem abhängig machen, was in Asien oder Amerika beschlossen worden ist.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

6. Ich finde es reicht, wenn man Deutsch spricht, das Erlernen von Fremdsprachen ist Zeitverschwendung.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

7. Beim Einkaufen lege ich viel Wert auf eine große Auswahl, und zwar zu einem günstigen Preis.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

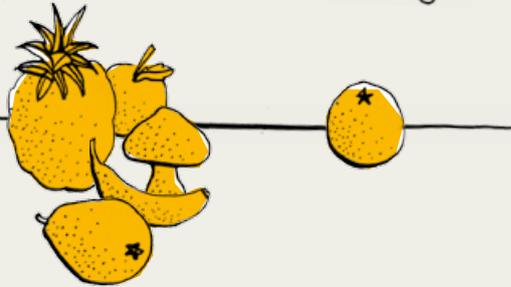
8. Sicherheitsstandards sind überflüssig. Wer ein Gerät kauft, ist für mögliche Unfälle selbst verantwortlich.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

9. Unsere Wirtschaft sollte autark sein. Das heißt, wir sollten von dem leben, was wir hier im Land selbst herstellen können.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

10. Es sollte an den deutschen Grenzen wirksame Kontrollen geben, und zwar für alle, die kommen und gehen.  
Ja, ich stimme zu  Nein, ich lehne ab

Haben Sie sieben oder mehr Quadrate angekreuzt? Dann sind Sie ein Europa-Typ, das bedeutet, Sie sind an den Dingen interessiert, die die Europäische Union sicherstellt und wofür die EU steht. Natürlich ist dieser „Test“ sehr plakativ und auch nicht ganz ernst gemeint. Er soll lediglich eines zeigen: Die Europäische Union greift vielfältig in unser Leben ein – und das ist Grund genug, sich mit ihr zu beschäftigen, und zwar ganz unabhängig davon, ob man die Regelungen im Einzelnen für richtig oder für falsch hält.

Eine Orange  
ist eine Orange  
ist eine Orange.



2

preise niedriger sind. Viele wollen zumindest einmal eine Zeit lang im Ausland arbeiten, um Erfahrungen zu sammeln, weil sie es dort schön finden oder weil sie zu Hause keinen angemessenen Job bekommen können. Dann ist es wichtig, dass man in den Nachbarländern die gleichen Rechte hat. Die Europäische Union hat einen gemeinsamen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ geschaffen, der genau das garantieren soll und der auch noch weiter ausgebaut wird. Deutsche in den Niederlanden, Polen in Deutschland, Esten in Finnland, Portugiesen in Spanien – wie auch immer Herkunfts- und Gastland zusammenhängen: Sie befinden sich als Europäer im europäischen Rechtsraum. Das kann kein Nationalstaat allein gestalten, das geht nur im Rahmen der Europäischen Union.

Aber ins Ausland fährt man ja nicht nur, um zu arbeiten oder zu studieren, sondern auch, weil man Urlaub machen möchte. Andere Menschen wollen andere Sprachen hören, ein anderes Klima und andere Speisen genießen. Auf Nervereien an den Grenzen – Passkontrolle, rechts ran fahren, Kofferraum und Koffer öffnen, Einreiseformulare ausfüllen – kann man dabei gut verzichten. Die Europäische Union hat Kontrollen an den Binnengrenzen durch das sogenannte Schengener

Übereinkommen mit wenigen Ausnahmen völlig abgeschafft. Das kann man aber nur zusammen tun, ein Staat allein könnte da nichts ausrichten. Das bedeutet: Ohne EU geht so etwas nicht.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, aber das Prinzip ist klar: Immer, wenn bei Regelungen die nationalen Grenzen überschritten werden, ist die EU gefragt. Da wir aber in allen Lebensbereichen – als Arbeitnehmer und Studierende, als Urlaubsreisende, als Konsumenten – unsere Grenzen hinter uns lassen, weil das zu mehr Lebensqualität und auch mehr Wohlstand führt, brauchen wir eine regelnde Instanz. Diese haben die europäischen Staaten sich mit der Europäischen Union geschaffen. Und weil die EU an vielen Stellen unser Leben beeinflusst, ist es auch sinnvoll, sich mit ihr ausführlich zu beschäftigen.

Vielen scheint die EU äußerst kompliziert und dieser Eindruck ist auch nicht ganz falsch. Schon die deutsche Politik ist ja oftmals verwirrend. Da gibt es verschiedene Parteien und die auch noch mit unterschiedlichen Flügeln, der Bundestag unterstützt nicht immer die Meinung der Bundesregierung, in den Bundesländern gibt es andere Regierungsmehrheiten als im Bund und die Sachverhalte von der Bankenrettung über die Gesundheits-

## Wie die EU mich betrifft

### Ich ...

#### ... arbeite

- soziale Mindeststandards
- Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit
- europäische Betriebsräte
- gemeinsame stabile Währung
- Gleichberechtigung von Mann und Frau

#### ... fahre weg

- Passagierrechte im Flugverkehr
- keine Lockvogelangebote von Fluggesellschaften
- niedrigere Handygebühren bei Anrufen aus dem Ausland nach Hause
- Reisen ohne Grenzkontrollen
- klare Kennzeichnung und hohe Wasserqualität an Badestränden
- europäische Krankenversicherungskarte

#### ... bin jung / habe Kinder

- Schüler- und Studentenaustausch
- Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse
- Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen im europäischen Ausland

#### ... kaufe ein

- Gewährleistungspflicht auf Konsumgüter
- klare Kennzeichnung von Lebensmitteln
- hohe Hygieneanforderungen an Fleischwaren
- Schutz bei Einkäufen im Internet
- Ausnutzung von Preisvorteilen durch freien Einkauf in anderen EU-Ländern

#### ... will gesund bleiben

- sauberes Trinkwasser
- schadstoffarme Atemluft
- regulierter Straßenlärm
- Verbot von Pestiziden in der Landwirtschaft
- keine krebserregenden Stoffe in der Kosmetik

Nach Bundeszentrale für politische Bildung 2009, Creative Commons by-nc-nd/3.0/de/



reform bis zur Neuordnung des Föderalismus sind oftmals schwer nachvollziehbar. Dennoch haben wir das Gefühl, im Wesentlichen zu verstehen, was da in Berlin vor sich geht. Man kennt die wichtigsten Akteure und sieht sie fortwährend im Fernsehen, wo sie in den Nachrichten sowie in Talkshows für ihre Position werben.

Auf europäischer Ebene ist das alles noch ein bisschen schwieriger. Selbst die wichtigsten Politikerinnen und Politiker sind weitgehend unbekannt, die Verhandlungen zwischen den 28 Regierungen sowie zwischen sieben Fraktionen aus 28 Staaten im Europäischen Parlament sind noch schwerer zu durchschauen als zu Hause und das Ganze findet dann auch noch in unterschiedlichen Sprachen statt.

Dennoch: Europa lässt sich begreifen, auch wenn man – wie in der nationalen Politik – nicht jede Einzelheit versteht. Aber das Prinzip und die Strukturen sind gut nachvollziehbar. Hierzu möchte das vorliegende Buch einen Beitrag leisten. Es beschäftigt sich mit der Geschichte der Europäischen Union, es zeigt, wer in der EU was zu sagen hat und wie Regelungen überhaupt entstehen, es geht auf die verschiedenen Politikfelder der Europäischen Union ein und endet mit einer Betrachtung über die Zukunft der EU.

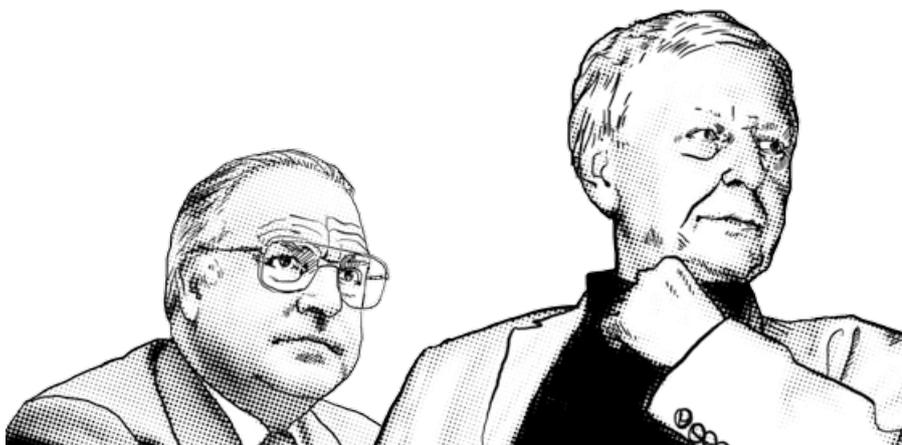
Sich mit der EU zu befassen, hat nichts damit zu tun, dass man alles richtig findet, was in Brüssel und Straßburg geschieht. Auch die Dinge, die man kritisch oder zurückhaltend sieht, muss man kennen. Die Beschäftigung mit Europa ist kein Bekenntnis zur Europäischen Union, sondern zum eigenen Verstand und zur eigenen Urteilsfähigkeit. Hierzu soll das vorliegende Buch einen Beitrag leisten. Der Verfasser dankt Dr. Mechthild Baumann sowie Phillip Richter sehr herzlich für viele Anregungen sowie inhaltliche und redaktionelle Unterstützung. ←



## Stimmen zur Europäischen Union

„Was aber die Bewohner unseres Erdteils am meisten nervt, ist der Regelungswahn der Brüsseler Behörden. Ihre Kompetenzgier ist nicht schwer zu erklären. Wie Robert Conquest einmal bemerkt hat, verhält jede Großorganisation sich so, als würde sie von den Geheimagenten ihrer Gegner geleitet. Diese Form der Selbstsabotage ist kein Zufall; denn jede Ausdehnung ihrer Befugnisse verspricht der Organisation mehr Macht, mehr Geld und mehr Planstellen. (...) Ich räume gerne ein, dass diese Herrschaft ohne Geheimpolizei und ohne Terror auskommt. Sie bewegt sich auf leisen Sohlen. Sie gibt sich menschenfreundlich. Sie will nur unser Bestes. Wie ein gütiger Vormund ist sie besorgt um unsere Gesundheit, unsere Umgangsformen und unsere Moral. Auf keinen Fall rechnet sie damit, dass wir selber wissen, was gut für uns ist; dazu sind wir in ihren Augen viel zu hilflos und zu unmündig. Deshalb müssen wir gründlich betreut und umerzogen werden.“

Hans Magnus Enzensberger, Schriftsteller (2. v. l.)<sup>1</sup>



<sup>1</sup> [www.faz.net/artikel/C30712/europa-polemik-zum-sonning-preis-wehrt-euch-gegen-die-bananenbuerokratie-30081923.html](http://www.faz.net/artikel/C30712/europa-polemik-zum-sonning-preis-wehrt-euch-gegen-die-bananenbuerokratie-30081923.html)

<sup>2</sup> Süddeutsche Zeitung vom 7. April 2011

<sup>3</sup> Welt Online im Jahr 2007

[www.welt.de/politik/article774450/Europa\\_hat\\_seine\\_Chance\\_genutzt.html](http://www.welt.de/politik/article774450/Europa_hat_seine_Chance_genutzt.html)

<sup>4</sup> Jochen Bittner, „So nicht, Europa!“, München 2010

<sup>5</sup> Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises 2010  
[www.karlspreis.de/aktuelles/karlspreis\\_2010/rede\\_von\\_premierminister\\_donald\\_tusk\\_deutsch.html](http://www.karlspreis.de/aktuelles/karlspreis_2010/rede_von_premierminister_donald_tusk_deutsch.html)

„Der europäische Einigungsprozess, der immer schon über die Köpfe der Bevölkerung hinweg betrieben worden ist, steckt heute in der Sackgasse, weil er nicht weitergehen kann, ohne vom bisher üblichen administrativen Modus auf eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung umgestellt zu werden.“

Jürgen Habermas, Philosoph (1. v. r.)<sup>2</sup>

„Die Europäische Union vermittelt heute den Eindruck eines Dauerläufers, der in die Fettverbrennungstrance geraten ist: Er sieht nicht mehr nach links oder rechts, sondern folgt gedankenverloren dem Rhythmus seiner Schritte. Wenn sich die EU streitet, dann stellt dies, so empfinden es viele ihrer Hauptdarsteller, die EU selbst infrage. Das ist natürlich eine Fehlannahme, denn Staatswesen leben vom Streit und steigen erst durch Gegenwind.“

Jochen Bittner, Journalist (3. v. l.)<sup>4</sup>

„Zur Politik der europäischen Einigung gibt es keine verantwortbare Alternative. Wenn wir Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger unseres Kontinents auf Dauer sichern wollen, dann bleibt es unsere Aufgabe, mit Engagement und Optimismus für den Bau des Hauses Europa einzutreten. Denn Europa – und das gilt besonders für die junge Generation – ist unsere Zukunft!“

Helmut Kohl, Bundeskanzler a. D. und Ehrenbürger Europas (1. v. l.)<sup>3</sup>

„Wir befinden uns heute in dem Europa eines großen gesellschaftlichen und politischen Experiments. Mutig und mit Bedacht versuchen wir, eine gewisse Einheit – deren Konturen wir noch nicht kennen – über der Vielfalt der Staaten, Nationen, Sprachen und Religionen zu schaffen. Wir sind uns bewusst, dass unsere Europa-Idee aus den ewigen Träumen von der Gemeinschaft freier Nationen und der Brüderlichkeit freier Menschen erwächst.“

Donald Tusk, polnischer Ministerpräsident (2. v. r.)<sup>5</sup>



## 02 Die Europäische Union – wie kam es dazu?

A black and white historical photograph showing a group of women in a state of distress. They are standing in a line, some with their backs to the camera, others looking towards the viewer with somber expressions. They are dressed in heavy, dark winter coats. One woman in the foreground is carrying a large, dark, round bag. The ground is littered with debris, suggesting a scene of urban warfare or displacement. The background shows the remains of buildings, with some windows missing and walls damaged.

Im schwer umkämpften Aachen warten  
Frauen auf ihre Evakuierung. Die  
Stadt kapitulierte am 21. Oktober 1944.

In diesem Kapitel wird die Entstehungsgeschichte der EU knapp nachgezeichnet. Welche Länder haben sich zur Europäischen Union zusammengeschlossen – und warum? Zur EU gehören sowohl nord- und südeuropäische Länder als auch west- und osteuropäische. Begonnen hat der europäische Einigungsprozess jedoch in Westeuropa, und das hat viel mit Deutschland zu tun.

### Deutschland und Frankreich – Kriegsgegner mit gemeinsamer Zukunft

Nachdem 1933 in Deutschland Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Macht übernommen hatten, steuerten sie das Land systematisch in einen Eroberungskrieg, der – nach der Annexion Österreichs und eines Teils der Tschechoslowakei 1938 und im Frühjahr 1939 – am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begann. Fünfeinhalb Jahre dauerte dieser Krieg, der über 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Er endete mit der Niederlage Deutschlands, und Europa war weitgehend zerstört. Parallel zu ihm hatte sich der größte Völkermord der Geschichte, die Verfolgung und Vernichtung der Juden und anderer Minderheiten ereignet. In Konzentrationslagern, die das Deutsche Reich im In- und Ausland betrieb, wurden diese Menschen fabrikmäßig ermordet. Das in Polen in der Nähe von Krakau gelegene Konzentrationslager Auschwitz war das größte Vernichtungslager, aber bei Weitem nicht das einzige. Es wurde zum Symbol für diese ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Anti-Hitler-Koalition, die Deutschland 1945 besiegt hatte, war politisch selbst zerstritten und hatte sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft Europas. Die Sowjetunion wollte ein sozialistisches, von ihr abhängiges Europa, und in dem Teil des Kontinents, in dem ihre Truppen standen, setzte sie dies auch durch. Die Westmächte USA,

Großbritannien und Frankreich befürworteten hingegen ein nach westlichen Vorstellungen demokratisches Europa.

Eine zentrale Frage für die Gestaltung der Nachkriegsordnung war der Umgang mit Deutschland, das zwar besiegt und besetzt, aber immer noch vorhanden und potenziell auch stark war. Vor allem in Frankreich gab es große Befürchtungen. Eine ähnliche Situation hatte man ja schon nach dem Ersten Weltkrieg erlebt. 1918 war Deutschland ebenfalls geschlagen und zum Teil besetzt gewesen, und 1919 war es gezwungen worden, mit dem Versailler Vertrag die Kriegsschuld anzuerkennen und Reparationen zu bezahlen – und nur gut 20 Jahre später wurde Paris von deutschen Truppen besetzt.

So ist es verständlich, dass die erste Reaktion in Westeuropa darin bestand, sich gegen eine erneute deutsche Bedrohung durch ein Bündnis abzusichern. 1945 wurde von Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg der Brüsseler Pakt gegründet.

Dieser richtete sich ausdrücklich gegen eine neue deutsche Aggression, wenngleich sicherlich das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion ebenfalls ein Motiv des Zusammenschlusses war.

Damit schien das alte Reiz-Reaktions-Schema wieder zu entstehen: Eine Seite rüstet sich gegen eine mögliche Bedrohung durch die andere, die sich dadurch unter Umständen bedroht fühlt und ebenfalls rüstet, was die eine Seite wiederum als Bedrohung wahrnimmt, auf die sie mit weiterer

»We must build  
a kind of  
States United  
of Europe.«  
Winston Churchill



Rüstung reagiert, und so weiter. Dem standen allerdings Überlegungen gegenüber, das Nachkriegseuropa nicht durch erneute Konfrontation, sondern durch neue Formen der Kooperation zu gestalten.

Winston Churchill, während des Zweiten Weltkriegs britischer Premierminister und seit 1945 Oppositionsführer im Unterhaus, forderte bereits 1946 in einer viel beachteten Rede in Zürich die Vereinigten Staaten von Europa. Er maß dabei Deutschland und Frankreich eine führende Rolle zu.

### **Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft: Der Europarat**

Die Rede Churchills war sehr eindrucksvoll und weitsichtig. Es wäre allerdings falsch anzunehmen, dass sie in direkter Linie zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft geführt hätte. Dies umso weniger, als Churchill zum Zeitpunkt seines Vortrags in Zürich keine Macht und kein Regierungsmandat hatte und außerdem sein Land von den ins Auge gefassten „Vereinigten Staaten von Europa“ ausdrücklich ausnahm.

Die Rede ist dennoch interessant, weil sie zeigt, wie sich das Denken in Europa verändert hatte. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs war allen klar, dass es ein „Weiter so!“ der Konfrontation nicht geben konnte, sondern dass es trotz und gerade wegen des ungeheuren Schreckens des gerade zu Ende gegangenen Kriegs notwendig war, sich dauerhaft zu versöhnen – und darin auch die Deutschen einzubeziehen. Dass eine solche Haltung vielen Menschen, die durch Krieg oder Konzentrationslager ihre Angehörigen verloren hatten, nicht leicht fiel, ist nachvollziehbar.

Wesentliche Unterstützung erhielt dieses neue Denken auch durch die USA, die zudem daran interessiert waren, Westeuropa gegen die sowjetische Bedrohung zu vereinen. Die Vereinigten Staaten boten Europa ihre Hilfe beim Wiederaufbau an, durch ein Kredithilfeprogramm, das nach dem amerikanischen Außenminister George Marshall benannt und als „Marshall-Plan“ bekannt wurde. Sie verlangten aber von den europäischen Staaten, sich zur Verteilung der Mittel zusammenzutun. So kamen im Juli 1947 die Vertreter

Viele Städte in ganz Europa lagen in Trümmern. In fünfzehn Jahren Krieg verloren über 50 Millionen Menschen ihr Leben:

- 1/ Das im Krieg zerstörte Lisieux in Frankreich, 1946.
- 2/ Ruinen in Hamburg, um 1945.
- 3/ Die Kathedrale von Coventry in England nach einem deutschen Luftangriff, 1940.
- 4/ September 1946: Der britische Premierminister Winston Churchill hält in der Züricher Universität die Rede, in der er von den „Vereinigten Staaten von Europa“ spricht.



von 16 Ländern in Paris zusammen, um über die Ausgestaltung des Marshall-Plans zu beraten. Dabei legten die Vertreter Frankreichs, der Beneluxstaaten und Italiens Vorschläge für eine europäische Integration vor. Der wichtigste Schritt sollte eine europäische Zollunion sein, es wurde aber auch darüber nachgedacht, den Wiederaufbau Europas durch gemeinsame Regelungsmechanismen zu verbessern und zu kontrollieren. Als erste Maßnahme wurde ein Jahr später die OEEC (Organization for European Economic Cooperation – Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) gegründet, die allerdings auf die Verteilung und Verwaltung der amerikanischen Gelder beschränkt war, also weitergehende Überlegungen zur Schaffung integrierter europäischer Strukturen nicht erfüllen konnte.

Als ungefähr zur gleichen Zeit darüber diskutiert wurde, einen Europarat zu schaffen, kam die Auseinandersetzung darüber, welche Vollmachten eine solche

Organisation haben könnte, wieder auf. Im Verlauf der Diskussion profilierten sich Frankreich einerseits und Großbritannien andererseits als die Exponenten der beiden verschiedenen Positionen. Frankreich wollte eine Integration der europäischen Staaten und dabei dem Europarat eigene Vollmachten geben, Großbritannien war nicht bereit, Souveränität abzutreten.

1949 wurde von zehn west- und nord-europäischen Staaten dieser Europarat gegründet. Der Europarat, den es heute noch gibt, ist die älteste Nachkriegsorganisation, die ins Leben gerufen wurde, um Frieden, Zusammenarbeit und Wohlstand zu sichern. Der Europarat sollte nicht mit der Europäischen Union verwechselt werden. Die beiden Organisationen haben zwar gute Beziehungen zueinander, sind aber von den Aufgaben und der Mitgliedschaft verschieden. Heute gehören dem Europarat 47 europäische Staaten an. Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1951 Mitglied.

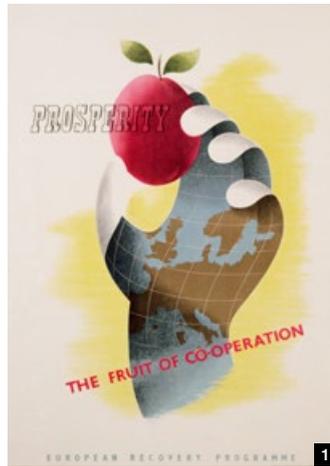
### Churchill 1946: Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich nötig

Ich sage Ihnen jetzt etwas, das Sie erstaunen wird. Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur so kann Frankreich seine moralische und kulturelle Führerrolle in Europa wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland. Wenn das Gefüge der Vereinigten Staaten von Europa gut und richtig gebaut wird, so wird die materielle Stärke eines einzelnen Staates weniger wichtig sein. Kleine Nationen werden genauso viel zählen wie große, und sie werden sich ihren Rang durch ihren Beitrag für die gemeinsame Sache sichern.

Winston Churchill am 19. September 1946 in einer Rede in Zürich <sup>1</sup>



<sup>1</sup> [www.zeit.de/reden/die\\_historische\\_rede/200115\\_hr\\_churchill1\\_englisch](http://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/200115_hr_churchill1_englisch)



1



2

1/ Dieses Plakat von 1947 bewirbt den Marshallplan (engl.: European Recovery Program), eine amerikanische Wirtschafts- und Finanzhilfestrategie für das im Krieg zerstörte Europa.

2/ Plakat zum Marshallplan, 1947.

3/ Marshallplan-Konferenz in Paris, Juni 1947.

4/ Am 16. April 1948 wird im französischen Außenministerium Quai d'Orsay der Vertrag zur Gründung der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) unterzeichnet.



3



4

Die Aufgabe des Europarates ist in – Artikel 1(a) der Satzung vom 5. Mai 1949 festgelegt: „Der Europarat hat zur Aufgabe, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern zum Schutze und zur Förderung der Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, herzustellen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern.“

Der Europarat hat also drei Ziele:

1. den Schutz und die Förderung der Ideale und Grundsätze, also der demokratischen Ordnung,
2. den wirtschaftlichen Fortschritt und
3. den sozialen Fortschritt.

Militärische Angelegenheiten sind ausdrücklich ausgenommen, Art. 1(d) regelt: „Fragen der nationalen Verteidigung gehören nicht zur Zuständigkeit des Europarates.“

Das Hauptaugenmerk des Europarates, der seinen Sitz in Straßburg hat, liegt auf den Menschenrechten. Seine wichtigste Er-

lungenschaft ist die 1953 in Kraft getretene Europäische Menschenrechtskonvention. Sie erlegt den einzelnen Staaten im Bereich der Menschen- und Grundrechte Pflichten auf, und jeder, der sich in einem dieser Staaten aufhält, muss in den Genuss der Menschenrechte kommen, also nicht nur die Staatsbürger. Die Konvention ersetzt nicht die nationalen Systeme zum Schutz der Menschenrechte, sondern ergänzt sie durch eine internationale Garantie. Jeder, der in einem Mitgliedsland des Europarates lebt, kann auf der Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen, falls er seine Grundrechte verletzt sieht und seiner Klage im nationalen Rechtssystem nicht stattgegeben wird. Von 1959, als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingerichtet wurde, bis 2013 wurden in knapp 17 000 Urteilen Verletzungen der

Europäischen Menschenrechtskonvention festgestellt. 263-mal wurde Deutschland verurteilt. Die Fälle reichen vom Verbot nachträglich angeordneter Sicherheitsverwahrung für Straftäter bis zu dem Urteil, dass ein Landbesitzer die Jagd auf seinem Territorium nicht dulden muss, wenn er das Jagen aus ethischen Gründen ablehnt.

Der Europarat hat neben der Menschenrechtskonvention viele weitere Konventionen beschlossen, die aber nur für die Staaten verbindlich sind, die die entsprechende Konvention ratifiziert, d.h. im Parlament gebilligt haben. Der Europarat arbeitet also – außer im Bereich der Menschenrechte – im Wesentlichen mit Empfehlungen an seine Mitgliedstaaten und auf der Basis der freiwilligen Anerkennung von Beschlüssen.

In der Gründungsphase des Europarates bestanden durchaus weitergehende Vorstellungen über die Kompetenzen die-

# EUROPÄISCHE KONVENTION ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

- 
- 1 Verpflichtung <sup>zur</sup> Achtung der Menschenrechte
  - 2 Recht auf Leben
  - 3 Verbot der Folter ...
  - 4 Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit
  - 5 Recht auf Freiheit und Sicherheit
  - 6 Recht auf ein faires Verfahren
  - 7 Keine Strafe ohne Gesetz
  - 8 Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens
  - 9 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
  - 10 Freiheit der Meinungsäußerung
  - 11 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
  - 12 Recht auf Eheschließung
  - 13 Recht auf wirksame Beschwerde
  - 14 Diskriminierungsverbot
  - 15 Abweichung im Notstandsfall
-



### „... mit großer Traurigkeit erfüllt“ – Der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats tritt enttäuscht zurück

Meine Damen und Herren, von der Höhe des Präsidentenstuhles, den ich bis gestern eingenommen habe, habe ich eine Feststellung machen müssen, die mich oft mit großer Traurigkeit erfüllt hat. Die Unsummen an Begabung, die man in dieser Versammlung aufgewandt hat, um auseinanderzusetzen, dass man nichts tun dürfe, hat mich in Erstaunen versetzt. Heute hat jeder seine guten Gründe, auf der Stelle zu fahren. Da gibt es Deutsche, die Europa erst schaffen wollen, wenn sie die Einheit Deutschlands hergestellt haben, da gibt es Belgier, die Europa erst verwirklichen wollen, wenn England mittut, da gibt es Franzosen, die Europa nicht schaffen wollen, wenn sie dabei den Deutschen in einem Dialog gegenüberstehen. Die Engländer wollen Europa so lange nicht schaffen, bis sie eine Lösung mit dem Commonwealth gefunden haben. Unsere skandinavischen Freunde wohnen all dem, wie mir scheint, mit einer enttäuschten und ziemlich uninteressierten Miene bei.



Paul Henri Spaak, Rücktrittsrede als Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates am 10. Dezember 1951<sup>2</sup>

Wenn wir in dieser Versammlung, davon bin ich überzeugt, ein Viertel der Energie, die hier aufgewandt wurde, um „Nein“ zu sagen, daran gesetzt hätten, um „Ja“ zu sagen, dann wären wir nicht mehr in dem Zustand, in dem wir uns heute befinden. (...)

Wir haben gestern erlebt, dass Minister zu uns gekommen sind und dass sie zum ersten Mal nicht nur hierher kamen, um uns ihre Politik darzulegen, sondern um bei uns Unterstützung und Ermutigung zu suchen [gemeint ist die Initiative zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl] (...) Was haben wir ihnen geantwortet? Nichts!

Was hätten wir tun müssen? In diesem geschichtlichen Augenblick hätten wir über das Ministerkomitee des Europarates hinausgehen müssen, um uns an die vier Minister oder an die sechs Länder zu wenden, die eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen gewillt sind, und hätten ihnen sagen müssen: „Wir werden uns sofort an die Arbeit machen, um Ihnen hier und heute darzutun, wie wir uns die Europäische Gemeinschaft vorstellen.“ Das haben wir nicht zu tun vermocht.

ser Institution. Als Erfahrung aus dem Krieg gab es, wie gesagt, starke Bestrebungen, Europa zu vereinen, um einen überbordenden Nationalismus zu verhindern und alle Staaten des Kontinents durch eine Integration unter Kontrolle zu halten. Außerdem wurde überlegt, Europa als „Dritte Kraft“ gegenüber den USA und der Sowjetunion zu profilieren.

Die Diskussion ging auch nach der Gründung am 5. Mai 1949 weiter. Die Satzung des Europarates ist sehr allgemein gehalten und lässt daher Gestaltungsspielraum.

Die Beratende Versammlung (heute: Parlamentarische Versammlung), die im August und September 1949 zum ersten Mal tagte, definierte als Ziel des Europarates die „Schaffung einer europäischen politischen Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten“<sup>3</sup>.

Das Ministerkomitee, also die Außenminister der Mitgliedsländer, lehnte im November 1949 auf britischen Druck jedoch alle Vorschläge für „echte Vollmachten“, die der von der Beratenden Versammlung eingesetzte Ständige Ausschuss erarbeitet hatte, ab. Damit war der Traum vom Europarat als Institution der europäischen Integration ausgeträumt. Der Europarat blieb ein Gremium ohne eigene Kompetenzen und ist dies bis heute. Der erste Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates, Paul Henri Spaak, trat aus Enttäuschung über diese Entwicklung am 10. Dezember 1951 von seinem Präsidentenamt zurück.

### **Die erste Europäische Gemeinschaft: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**

Der französische Außenminister Schuman schlug am 9. Mai 1950 die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, um in einem kleinen Kreis zu schaffen, was im Europarat insgesamt nicht möglich war. (Der Tag dieser Rede wird übrigens heute in der EU als Europa-



- 1/ Im Bundestag stimmen 1950 von 381 anwesenden Abgeordneten 220 für den Beitritt Deutschlands zum Europarat.
- 2/ Die Flaggen der beteiligten Nationen vor dem Gebäude des Europarats in Straßburg, 1956.
- 3/ Bergarbeiter verlassen nach Schichtende die Zeche, um 1950.

<sup>2</sup> Claus Schönöube, Das neue Europa-Handbuch, Köln 1969, S. 175 f.

<sup>3</sup> Beratende Versammlung des Europarates, Empfehlung an das Ministerkomitee, in: Claus Schönöube, Das neue Europa-Handbuch, Köln 1969, S. 167

tag begangen, an dem die Bediensteten der Europäischen Kommission frei haben.) Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die 1952 von Deutschland und Frankreich, von Italien sowie von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ins Leben gerufen wurde, war also die Gründung derer, die mehr Integration wollten als der Europarat insgesamt. Mit diesem Schritt schufen sie die erste supranationale europäische Institution, die unter dem Namen „Montanunion“ bekannt wurde. Ziel der mit den Buchstaben EGKS abgekürzten Gemeinschaft für Kohle und Stahl war es, einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahlprodukte zu schaffen. Diese Rohstoffe und Ausgangsmaterialien waren für den Wiederaufbau besonders wichtig, und man ging bei der Gründung der EGKS davon aus, dass sie knapp sein würden. Darüber hinaus waren sie die Voraussetzung jedweder Rüstung. Wenn man also die Rüstung des Nachbarn im Auge behalten wollte, musste man die Schwerindustrie kontrollieren – also Kohle und Stahl. Anders ausgedrückt: Frankreich konnte durch die EGKS die Schwerindustrie in Deutschland mitbestimmen, zahlte dafür aber den Preis, dass Deutschland in Frankreich mitredete. Das galt natürlich für alle Mitglieder.

Für Frankreich war die Montanunion auch deshalb interessant, weil die größten Kohlevorkommen im deutschen Ruhrgebiet lagen. Das Ruhrgebiet war nach dem Krieg wie ganz Deutschland besetzt und wurde von einer internationalen Ruhrbehörde beaufsichtigt, die auch nach Gründung der Bundesrepublik die deutschen Kohlevorräte verwaltete und auf Deutschland, die Siegermächte und die Nachbarn aufteilte. Allen war jedoch klar, dass eine solche Besatzungspolitik auf Dauer keinen Bestand haben konnte.

Deutschland hatte an der Montanunion großes Interesse, um diesen Besatzungsstatus zu beenden und durch die Einbindung in die entstehende europäische Integrationsstruktur wieder in die „europäische Familie“ aufgenommen zu werden, was wenige Jahre nach dem verheerenden Krieg ja keine Selbstverständlichkeit war.



### Der Augenblick ist gekommen

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande halten den Augenblick für gekommen, einen neuen Abschnitt auf dem Wege zum Aufbau Europas in Angriff zu nehmen. Sie sind der Meinung, dass dies zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet geschehen muss.

Sie sind der Ansicht, dass auf dem Wege zur Schaffung eines geeinten Europa weitergegangen werden muss durch Entwicklung gemeinsamer Institutionen, durch fortschreitende Verschmelzung der Nationalwirtschaften, durch Errichtung eines gemeinsamen Marktes und durch fortschreitende Harmonisierung ihrer Sozialpolitik.

Eine solche Politik erscheint ihnen unerlässlich, um Europa seinen Platz in der Welt zu erhalten, um ihm seinen Einfluss und seine Geltung zurückzugeben und um die Lebenshaltung seiner Bevölkerung ständig zu heben.

Auszug aus der Entschließung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Montangemeinschaft anlässlich ihrer Tagung in Messina am 1. und 2. Juni 1955 <sup>4</sup>



- 1/ Grafik von 1952 zu den Mitgliedstaaten der Montanunion (EGKS), dem Vorläufer der EG.
- 2/ Grafik zum Aufbau der Montanunion, 1952.
- 3/ Die Unterzeichnung des Montanunion-Vertrages am 19. März 1951 im französischen Außenministerium.
- 4/ Titelbild einer Broschüre von 1951, die den Schuman-Plan für jedermann erklären soll.
- 5/ Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 in Rom.

Es war also völlig klar, dass das Ziel der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in erster Linie ein politisches war. So heißt es auch in der Präambel, dass die vertragschließenden Parteien entschlossen seien, an die Stelle der jahrhundertelangen Rivalitäten einen Zusammenschluss ihrer wesentlichen Interessen zu setzen und durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren.

Allerdings verlief die wirtschaftliche Entwicklung anders als gedacht. Die Kohle verlor in den 1950er-Jahren zugunsten von Öl und Gas schnell an Bedeutung, und so stand die Montanunion bald vor einer Aufgabe, an die ihre Gründer nicht gedacht hatten. Während diese davon ausgegangen waren, die EGKS solle den Mangel verwalten, türmten sich bald

Halden unverkäuflicher Kohle auf. Jetzt musste der Absatz quotiert werden, das heißt, die Menge der Kohle- und Stahlprodukte, die die Mitgliedstaaten der EGKS verkaufen durften, wurde begrenzt. Das war natürlich ein schwerwiegender Eingriff in das Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten.

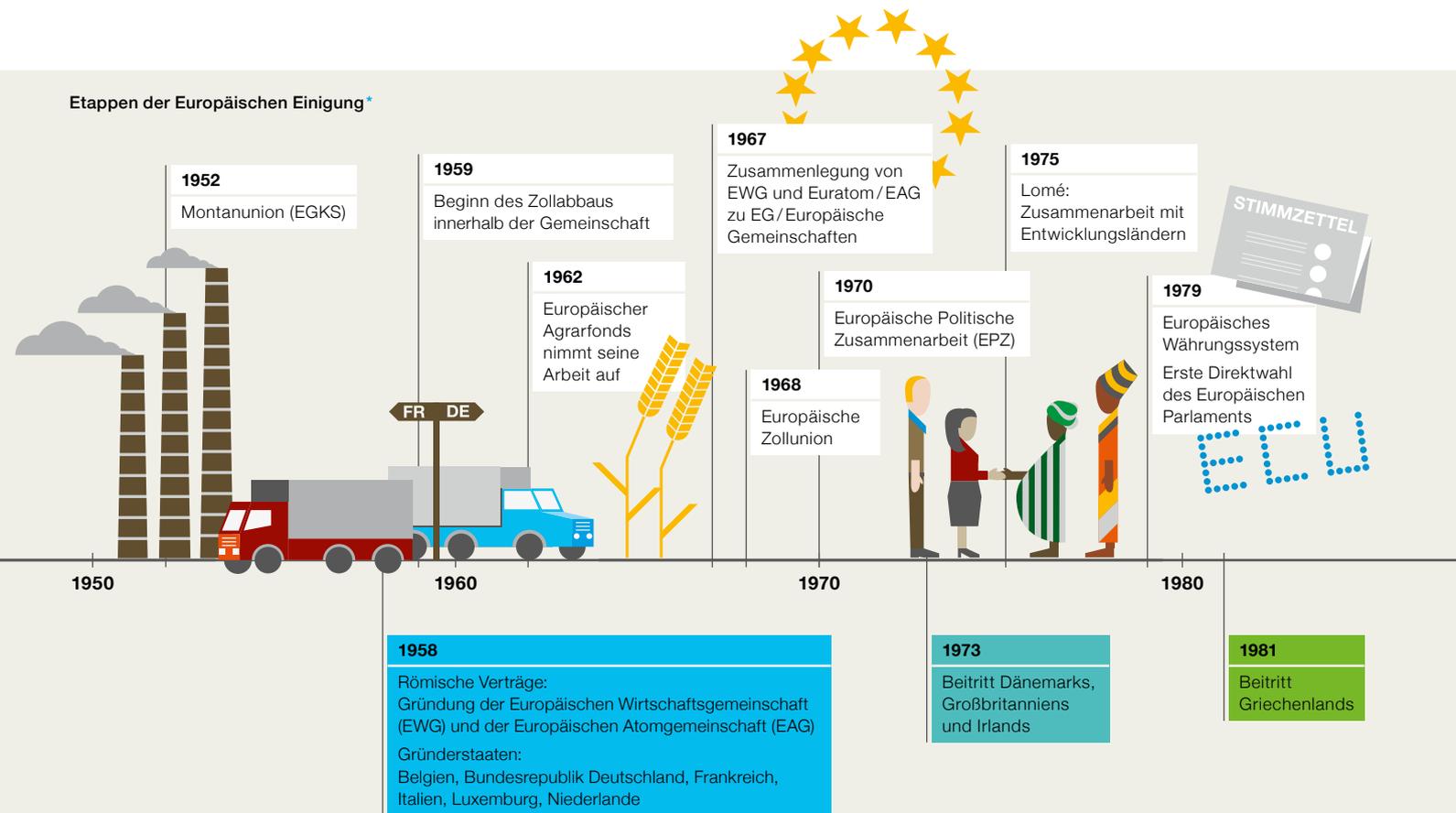
Die Autorität der Hohen Behörde, quasi der Europäischen Kommission für die Montanunion, reichte zur Regelung dieser Konflikte nicht aus, sie musste Rückendeckung beim Ministerrat suchen, der aus jeweils einem Minister der Mitgliedstaaten bestand.

### Der zweite Schritt zur europäischen Integration

Es zeigte sich, dass sich die Erwartungen der vertieften Integration der europäischen Staaten durch die Montanunion nicht erfüllen ließen. Die Präambel des EGKS-Vertrages hatte als Ziel formuliert,

<sup>4</sup> [www.uni-muenster.de/Jura.itm/eudoc/gruendung/docs/131006.pdf](http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/eudoc/gruendung/docs/131006.pdf)

Etappen der Europäischen Einigung\*



\* Die Daten beziehen sich auf das Inkrafttreten der Verträge

„die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können“. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Gemeinschaft für Atomenergie (Euratom) gegründet. Das war der zweite erfolgreiche Schritt zum europäischen Miteinander. Andere Integrationsversuche, vor allem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die eine gemeinsame europäische Armee vorsah, waren bereits 1954 gescheitert.

Die Geburtsurkunden von EWG und Euratom, die 1957 geschlossenen (und 1958 in Kraft getretenen) Römischen Verträge, reagierten in ihrem Bauplan, vor allem für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, auf die Erfahrungen mit

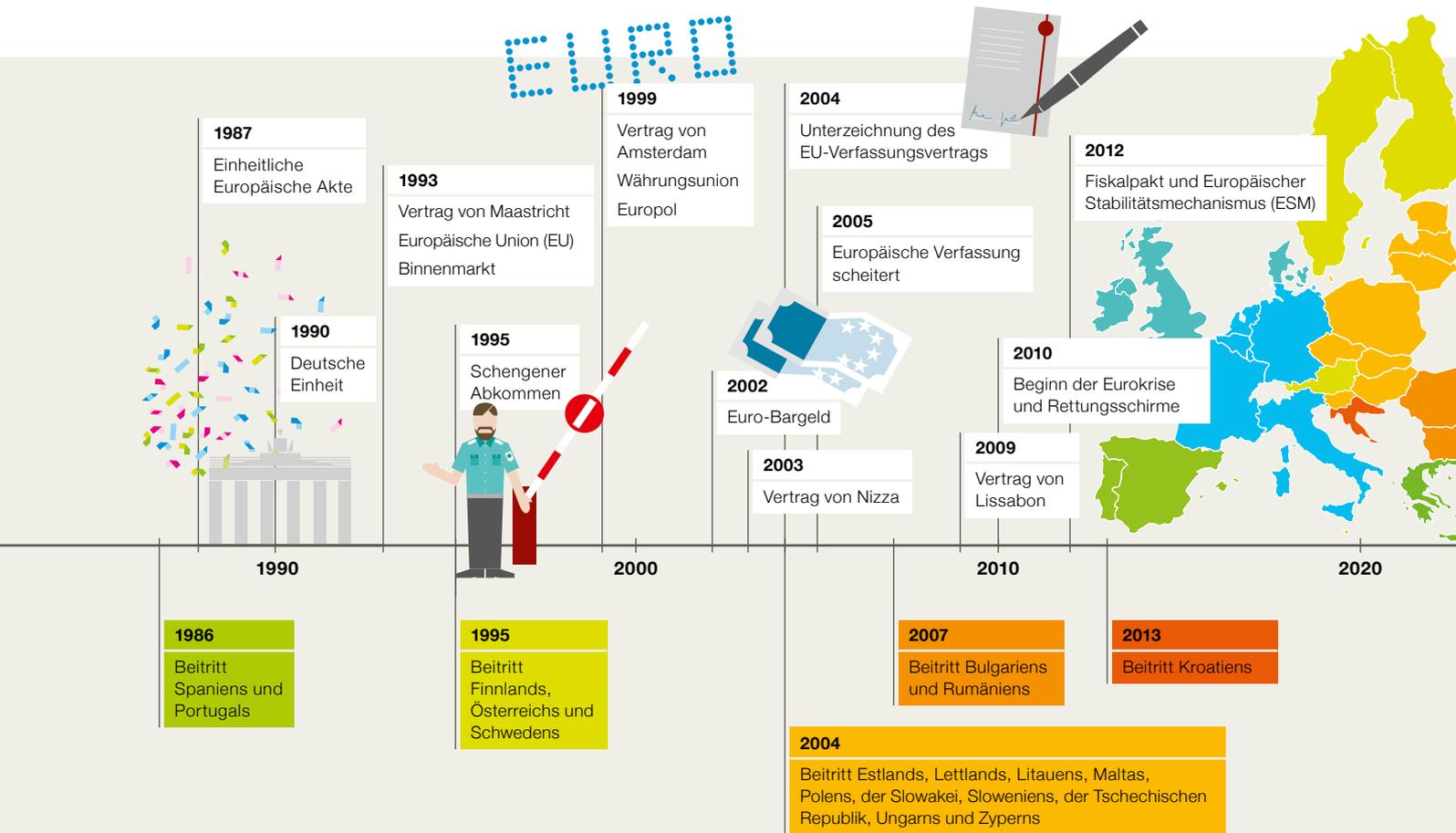
der Montanunion, die nicht nur positiv waren. Es sollte nun nicht mehr nur ein Wirtschaftssektor vergemeinschaftet werden, sondern die Wirtschaft insgesamt. Außerdem beteiligte man von vornherein die Mitgliedstaaten stärker an der gemeinschaftlichen Willensbildung, sodass diese nicht von Initiativen der Europäischen Kommission überrascht wurden.

Anders als bei der Montanunion schufen die Mitglieder nicht zuerst die Institutionen, sondern definierten zuvorderst die Aufgaben und Ziele, die zu bewältigen waren. Daraus leiteten sie dann die Methoden ab und kamen schließlich zum hierfür notwendigen Institutionengefüge.

Als Hauptziele der EWG wurden die Errichtung eines gemeinsamen Marktes, die Schaffung einer gemeinsamen Politik

in wirtschaftlichen Teilbereichen, vor allem im Agrar- und im Verkehrsbereich und natürlich beim Außenhandel (Zollunion), sowie die Koordinierung der Wirtschaftspolitik festgelegt. Auch die Währungsunion, die seit 1999 Realität ist, war von Anfang an im Zielkatalog der Europäer enthalten. Lediglich bei der Schaffung der Zollunion gab es einen fixierten Zeitplan. Ansonsten sollte der nächste Schritt immer dann erfolgen, wenn der vorige gegangen worden war.

Die Verhandlungen über die Römischen Verträge liefen keineswegs konfliktfrei ab. Die Vertragsverhandlungen dauerten buchstäblich bis zum letzten Augenblick, sodass der endgültige Text nicht mehr ordentlich ausgefertigt werden konnte. Da man die feierliche Zeremonie der Unter-



zeichnung des Vertrages nicht verschieben wollte, wurde zu dem Notbehelf gegriffen, nur das Unterschriftenblatt vorzubereiten und einen Stapel leeren Papiers danebenzulegen. Die Regierungschefs unterzeichneten also Blanko-Schreibpapier.

Die Römischen Verträge definierten das Ziel der durch sie begründeten Gemeinschaften nüchterner, als dies der EGKS-Vertrag getan hatte. War es dort noch um die Sicherung des Weltfriedens durch „schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen“ gegangen, war nun die Rede von der Errichtung eines gemeinsamen Marktes, der harmonischen Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, von der Hebung der Lebenshaltung und nur noch allgemein von „engeren Bezie-

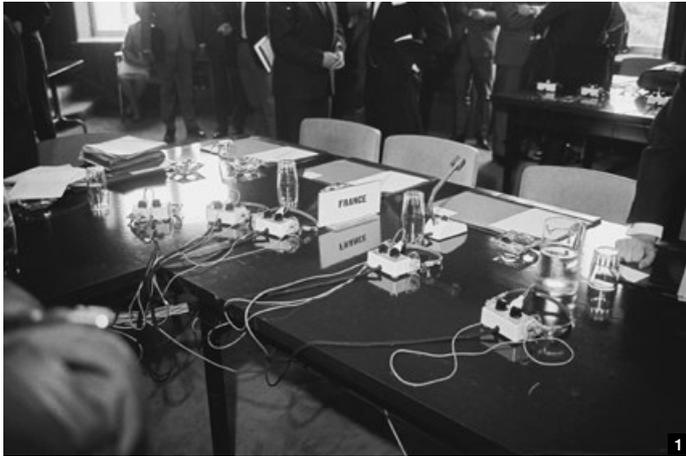
hungen zwischen den Staaten“, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.

Dennoch waren auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) vor allem und in erster Linie politische Institutionen. Es drehte sich zwar alles um die Wirtschaft, aber die Wirtschaft war in gewisser Weise das Instrument, mit dem das politische Ziel, den Frieden unter den Mitgliedstaaten zu sichern, erreicht werden sollte – was ja auch geschah, wie wir heute wissen. Es war die zugrunde liegende politische Zielsetzung, die sowohl in Deutschland als auch in Frankreich dazu führte, dass der innenpolitische Widerstand gegen die Gründung der Gemeinschaften überwunden werden konnte.

In Deutschland musste sich Bundeskanzler Adenauer heftiger Kritik aus den eigenen Reihen erwehren. Sowohl Wirtschaftsminister Ludwig Erhard als auch der Atomminister Franz-Josef Strauß waren gegen die Gemeinschaften, weil sie meinten, diese würden Deutschlands wirtschaftliche Freiheiten zu sehr einschränken. Adenauer konnte seine Minister nur durch die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers zum Schweigen bringen.

### Erfolge und Rückschläge: Zollunion und „Politik des leeren Stuhls“

Das erste große Vorhaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war die Schaffung einer Zollunion. Das bedeutet zum einen, dass die Zölle für den Handel untereinander abgeschafft werden,



- 1/ Frankreichs „Politik des leeren Stuhls“ endete mit dem Luxemburger Kompromiss vom 29. Januar 1966.
- 2/ Konrad Adenauer empfängt den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle am 20. Mai 1961 in Bonn.
- 3/ Charles de Gaulle bei einer Ansprache vor deutschen und französischen Jugendlichen im Hof des Schlosses Ludwigsburg (bei Stuttgart), September 1962.



und zum anderen, dass man gegenüber anderen Ländern einen gemeinsamen Zoll erhebt. Während also Waren aus Deutschland damit zollfrei nach Frankreich geliefert werden können, müssen zum Beispiel japanische Firmen, die Motorräder nach Deutschland verkaufen, darauf genauso viel Zoll bezahlen, wie wenn sie die Fahrzeuge nach Frankreich exportieren. Was bislang selten vorgekommen ist in der Europäischen Union, trat bei der Zollunion ein: Die Mitgliedstaaten hielten den vorgesehenen Zeitplan nicht nur ein, sie unterschritten ihn sogar. Schon Mitte 1968 trat die für Ende 1969 vorgesehene Zollunion in Kraft.

Anfangs bestanden die drei Gemeinschaften EGKS, EWG und EAG/Euratom nebeneinander. 1967 wurden sie zu den Europäischen Gemeinschaften mit einer gemeinsamen Europäischen Kommission,

einem Ministerrat, einem einheitlichen Gerichtshof sowie einer gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung (heute: Europäisches Parlament) zusammengefasst. Zunehmend wurden die drei auch in der Öffentlichkeit als eine Einheit gesehen, weswegen sich für die EG die Bezeichnung „Europäische Gemeinschaft“ durchsetzte.

Trotz dieser Erfolge gab es allerdings bei einer anderen Frage Krach, mit dessen Folgen die Europäische Union noch heute zu tun hat. Ein wichtiges Entscheidungsgremium der EU ist bis heute der Ministerrat, im Allgemeinen „Rat“ genannt, also die Versammlung der Außen- oder Fachminister der Mitgliedsländer. Damals war er insofern noch bedeutender, als ihm kein gleichgewichtiges Parlament gegenüberstand. Hier, im Ministerrat, wurden die Entscheidungen über den Vollzug und

die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften getroffen. Dies geschah anfangs einstimmig und sollte ab 1966 für wichtige Sachgebiete mit Mehrheit erfolgen. Jedes einzelne Land, auch eines der „großen“ (zu dieser Zeit Deutschland, Frankreich und Italien) hätte von mehreren anderen überstimmt werden können. Diesen Beschluss wollte Frankreich nun nicht mehr mittragen. Es bestand darauf, dass weiterhin einstimmig entschieden werden sollte. Als die anderen Partner auf diesen Wunsch nicht eingingen, betrieb Frankreich eine „Politik des leeren Stuhls“, das heißt, es nahm in der zweiten Jahreshälfte 1965 nicht mehr an den Sitzungen der europäischen Gremien teil. Man einigte sich 1966 schließlich auf den „Luxemburger Kompromiss“, der besagte, dass man hinkünftig in einigen Bereichen mit Mehrheit entscheiden werde, jedes Land



aber ein Veto einlegen könne, wenn seine vitalen Interessen berührt seien. Mitte der 1980er-Jahre wurde der Luxemburger Kompromiss stillschweigend beerdigt, indem man sich einigte, ihn nicht mehr anzuwenden. Unabhängig davon gibt es allerdings nach wie vor Bereiche, in denen einstimmig entschieden werden muss. Während dies für jedes einzelne Land den Vorteil hat, dass es nicht überstimmt werden kann, bedeutet es doch andererseits, dass es viel schwieriger ist, überhaupt zu einem Beschluss zu kommen. Das war schon mit sechs Mitgliedstaaten so und ist natürlich mit 28 Ländern nicht gerade leichter geworden.

Es ist also keineswegs der Fall, dass es in der Gründungsphase der europäischen Institutionen nur eitel Sonnenschein gegeben hätte, während heute Streit und Auseinandersetzung dominieren. Tatsächlich ist immer wieder von verschiedenen Positionen aus um Kompromisse gerungen worden, die mal mehr der einen und ein andermal mehr der anderen Seite entgegenkamen.

### Der deutsch-französische Motor

Von Anfang an spielten Deutschland und Frankreich eine besondere Rolle in den Europäischen Gemeinschaften. Das hatte nicht nur mit der Tatsache zu tun, dass sie zwei der drei großen Staaten waren, die dem dritten großen, nämlich Italien, wirtschaftlich voraus waren, sondern auch damit, dass die Europäischen Gemeinschaften vor allem dem Ziel dienten, den alten deutsch-französischen Gegensatz einzufrieden.

Frankreich und Deutschland waren sich ihrer Verantwortung für die Europäischen Gemeinschaften durchaus bewusst und beschlossen 1963, ihre bilaterale Zusammenarbeit sehr eng zu gestalten, um so einen gewissen Integrationszog zu schaffen, der auch die anderen Mitgliedsländer erfassen würde. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, der, weil er im Elysée-Palast des französischen Präsidenten unterzeichnet wurde, auch „Elysée-Vertrag“ heißt, war und ist die Basis dieser Kooperation.

## Die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer gemeinsamen Verantwortung für Europa

1. Der vor 40 Jahren zwischen Deutschland und Frankreich von Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle unterzeichnete Elysée-Vertrag hat die Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern besiegelt und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden auf dem Kontinent geschaffen.

2. Deutschland und Frankreich, Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften, haben als Motor gewirkt und besonders in den letzten zwanzig Jahren Impulse für die großen Fortschritte beim Aufbau Europas gegeben: die Einheitliche Europäische Akte, den Vertrag von Maastricht, den Euro, den Schengenraum. Kürzlich erst war es Deutschland und Frankreich ein wichtiges Anliegen, zum erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit den zehn Kandidatenländern in Kopenhagen beizutragen. Deutschland und Frankreich sind sich ihrer gemeinsamen historischen Verantwortung im Dienste Europas bewusst. Sie wollen weiterhin eine treibende Kraft sein, die Vorschläge einbringt und ihre Partner mitziehen kann, ohne diesen etwas aufzuzwingen.

3. Der Elysée-Vertrag hat zudem eine Ära beispielloser Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern eingeleitet.

Unser enger Dialog und unsere Zusammenarbeit auf allen Gebieten fördern einen immer intensiveren Austausch zwischen unseren Gesellschaften. Heute würdigen wir alle Akteure, die zur Entwicklung und Vertiefung dieses Dialogs beigetragen haben: politische Persönlichkeiten, Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbände, Schulen und andere Einrichtungen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

Aus einer Erklärung des französischen Präsidenten Jacques Chirac und des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder anlässlich des 40. Jahrestags des Elysée-Vertrags.<sup>5</sup>



Das bedeutet nicht, dass sich Frankreich und Deutschland in allen Fragen einig gewesen wären – oder es heute sind. Aber es wurde eine Basis der Freundschaft hergestellt, auf der es möglich war, auch Auseinandersetzungen auszutragen.

Ein grundlegender Unterschied diesseits und jenseits des Rheins war beispielsweise die Einschätzung der Rolle der USA im geteilten Europa. Frankreich wollte die Amerikaner in Europa zurückdrängen, die Bundesrepublik Deutschland war sehr daran interessiert, die USA als Sicherheitsgarant in Europa zu halten.

Auch bezüglich der Mitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften gab es unterschiedliche Meinungen. Das Vereinigte Königreich, das sich Mitte der 1950er-Jahre nicht hatte entschließen können, bei der Gründung der EWG dabei zu sein, hatte in den 1960er-Jahren zweimal einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Frankreichs Staatspräsident de Gaulle lehnte dieses Ansinnen jedoch strikt ab. Erst nachdem er 1969 von seinem Amt zurückgetreten war, wurde der Weg für Großbritannien frei. ←

<sup>5</sup> [www.france-allemande.fr/Gemeinsame-Erklärung-zum-40,1129.html](http://www.france-allemande.fr/Gemeinsame-Erklärung-zum-40,1129.html)



1



2



3



4

## Fünf Gründe, warum uns dieses Thema interessieren sollte:

1. Die Ergebnisse des europäischen Einigungsprozesses sind die Grundlage unseres heutigen Lebens. Dass Frieden in Europa eine Selbstverständlichkeit ist, ist das wichtigste Resultat dieser Entwicklung.
2. Nur wenn man die Geschichte der Europäischen Union kennt, kann man verstehen, warum sie mehr ist als ein Wirtschafts-bündnis – und dass sie nicht nur nach ökonomischem Kosten-Nutzen-Rechnen beurteilt werden kann.
3. Das Besondere an der europäischen Einigung ist, dass es hier nicht zu einem Zusammenschluss kam, nachdem alle Probleme gelöst waren, sondern dass man sich vereint hat, um die Schwierigkeiten, darunter auch das gegenseitige Misstrauen, zu überwinden.
4. Die Entwicklung der EU zeigt, dass es immer Krisen und Auseinandersetzungen gegeben hat. Die EU ist kein Paradies der Harmonie, sondern ein Rahmen, in dem die Differenzen friedlich ausgetragen werden und schließlich in einen Kompromiss münden.
5. Wer die Geschichte der europäischen Einigung betrachtet, versteht, warum Deutschland und Frankreich in diesem Prozess eine besondere Rolle gespielt haben und weiterhin eine herausgehobene Verantwortung für die EU wahrnehmen müssen.

- 1/ Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand Hand in Hand bei einer Zeremonie in Verdun am 22. September 1984.
- 2/ Angela Merkel und der damalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy bei einem Treffen im Elysée-Palast in Paris im Februar 2012.
- 3/ Der Fernsehsender ARTE mit Hauptsitz in Straßburg ist eine deutsch-französische Kooperation und seit Mai 1992 auf Sendung.
- 4/ Zahlreiche Projekte für junge Menschen sollen den Austausch zwischen Franzosen und Deutschen fördern. Hierzu zählen auch die Angebote des Deutsch-Französischen Jugendwerkes.